

LOCOMOTIVE.

Zeitung für politische Bildung des Volkes.

Erscheint jeden Wochentag.

Monatspreis: 7½ Sgr. (am Verlags-Orte
inclusive Botenlohn.)

Redacteur: **Seld.**

Bei allen Postämtern und Buchhandlungen
vierteljährlich 22½ Sgr. franco.

Insertionsgebühr 1¼ Sgr. pro Petitzelle.

Mein Antheil am Volks-Wahl-Comité. (Eine Rechtfertigungsschrift.)

Es ist eine recht böse schöne Zeit, die schöne Zeit der staatlichen Wiedergeburt, die Zeit des revolutionären Gährens und Gebärens. Recht böse ist diese schöne Zeit, sagte ich, besonders deshalb, weil man so viel mit Rechtfertigungen zu thun hat. Bald muß man sich rechtfertigen für Etwas, was man gethan, bald wieder für Etwas, was man unterlassen. Neulich rechtfertigte ich mich für eine ins Leben gerufene Proclamation, heut muß ich mich rechtfertigen für eine nicht ins Leben gerufene Demonstration. Früher beschuldigte man mich der Bestechlichkeit, jetzt beschuldigt man mich der — Unbestechlichkeit, der Unbestechlichkeit, nämlich, mit welcher ich ohne Rücksicht auf die Gunst des Volkes und den Beifall des Wahl-Comité in der Demonstrations-Angelegenheit meinen alten Weg ging, nämlich den Weg der Vernunft, der Consequenz.

Das will ich jetzt beweisen; und es wird vollkommen hinreichen, mich in den Augen des Berliner Volkes — nicht sowohl zu rechtfertigen, — denn im Grunde bedarf ich gar keiner Rechtfertigung! — als vielmehr zu erheben. — Ich werde also eine Handlungsweise zu berichten haben, von der ich glaube, daß sie mir das Vertrauen des Volkes von Berlin in noch höherem Maße erwerben wird, als ich dasselbe bereits zu besitzen hoffe.

Zur Sache denn! —

Es war Sonntag am 16. April, als ich zufällig ein Placat in die Hände erhielt mit der Unterschrift „Das Volks-Wahl-Comité!“ und der Namensfolge. Unter den aufgeführten Namen der Comité-Mitglieder fand ich auch den meinen, natürlich zu meinem größten Erstaunen, da mir die Angelegenheit, ja selbst die Existenz eines Volks-Wahl-Comité bis zu diesem Augenblicke völlig fremd geblieben war. Bald darauf ging mir indeß die Einladung zu, mich andern Tags, also Montag, um 4 Uhr im Café des quatres nations zur Berathung über das Wahlgesetz einzufinden. —

Ich folgte dieser Einladung zwar, kam aber meiner gehäuften Geschäfte wegen erst um 5 Uhr, so daß die Berathung bei meinem Eintritte im vollsten Gange war. Natürlich ließ ich mich über den Stand

der mir bis dahin durchaus fremden Sache sogleich unterrichten, und dadurch erfuhr ich: daß ich von der Volksversammlung der Zelte zum Mitgliede eines Volks-Wahl-Comité erwählt worden sei, und dies Comité den Auftrag habe, auf gesetzlichem Wege im Wahlgesetz die Aufhebung der indirecten Wahlart zu bewirken. — Dies Mandat der Volksversammlung der Zelte acceptirte ich bestens, da eine Constitution auf der zugesicherten breitesten Grundlage nach meiner Ueberzeugung nur durch ein Wahlgesetz mit directer Wahlart aufzubauen ist. —

Was die von dem Comité ergriffenen Mittel zum Zweck betraf, so erfuhr ich, daß in den früheren Sitzungen, denen ich natürlich nicht beigewohnt hatte, erst eine Adresse, sodann eine Deputation an die Minister beschlossen und ausgeführt worden war. Da dieser Weg indeß nicht zu dem gewünschten Resultate geführt, so hatte man ferner beschlossen, alle Anhänger der directen Wahl zu einem großen Petitionszuge zu versammeln, um dem Ministerium dadurch zu beweisen, daß die Mehrzahl des Berliner Volkes sich für die directe Wahl ausspreche.

Ein solcher Petitionszug, den man auch wohl persönliche Demonstration des Volkswillens nennt (vgl. Nr. 16 d. Bl.), enthält für den wahrhaft constitutionell gesinnten Mann durchaus nichts Unangemessenes. Denn erstens ruhen dergleichen Demonstrationen auf dem Rechte des constitutionellen Herkommens, wie die Beispiele Frankreichs und Englands beweisen; zweitens laufen sie unseren Gesetzen durchaus nicht zuwider, da uns diese Gesetze das Recht zusprechen, uns unter freiem Himmel zu versammeln, sobald die Polizei nicht dagegen einschreitet; und drittens sind dergleichen Demonstrationen der kürzeste Weg, die numerische Stärke einer politischen Partei dem Ministerium zur Anschauung zu bringen, damit es daraus die Willensmeinung der Majorität erkenne.

Die Einwendungen, welche man dagegen erhoben hat, sind durchaus nicht stichhaltig. Man hat erstens gesagt, Berlin sei nicht Preußen, dabei aber ganz vergessen, daß Berlin für Preußen die Revolution gemacht und folglich auch die Verpflichtung hat, bis zum Zusammentritt der constituirenden National-Versammlung über die Errungenschaften der Revolution zu wachen, um so eher, als die

verantwortlichen Minister sonst ohne alle Controle daständen und die Macht hätten, willkürlich zu handeln. Wer sollte sie z. B. hindern, in dieser Zeit eines provisorischen Zustandes alle Errungenschaften der Revolution, ja die ganze ungeborne Verfassung selbst mit einem Federstriche zu vernichten, wenn es Berlin nicht thäte? Würde nicht Berlin das Recht der Revolution haben, wenn das Ministerium z. B. den Versuch machte, keine Urwahlen anzuordnen, sondern den vereinigten Landtag für die Repräsentation des preussischen Volkes zu erklären, oder wenn es den Staatsstreich wagte, die absolute Monarchie wieder aufzurichten? — Ohne Rückhalt also sprechen wir der Stadt Berlin das Recht zu, das Geseft der Revolution so lange in Händen zu behalten und über die Errungenschaften der Revolution so lange zu wachen, bis durch die National-Versammlung dem provisorischen Zustande ein Ende gemacht und die Constitution errichtet worden ist.

Hat es aber mit diesem Rechte der Revolution seine Wichtigkeit, so hat auch das Berliner Volk die Befugniß, zur Wahrung der Errungenschaften friedliche Demonstrationen auszuführen, um so eher, als diese Demonstrationen nicht blos ein revolutionäres, sondern sogar schon ein constitutionelles Recht sind.

Aus diesen Gründen erklärte ich mich am Montage im Volks-Wahl-Comité entschieden für die Demonstration auf möglichst breiter Grundlage, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Demonstration eine durchaus friedliche, d. h. gesetzliche sein und bleiben müsse, weil mir die Herbeiführung eines vielleicht blutigen Conflicts als Mißverhältniß zwischen Zweck und Mittel erschiene, weil mir die Frage der directen Wahl nicht so viel werth sei, um dieserhalb einen Tropfen Bürgerblut vergießen zu lassen. —

Ganz in demselben Sinne sprach ich darauf am Montag Abend in der Volksversammlung unter den Zelten, und hatte mich dabei der entschiedensten Zustimmung der Versammlung zu erfreuen. Ich erhielt dadurch aufs neue das Mandat: eine friedliche Demonstration gegen die indirecte Wahlart zu bewerkstelligen. Ueber die friedliche Demonstration hinaus ging mein Mandat nicht, über die friedliche Demonstration hinaus durfte also auch ich nicht gehen; — und es kam mithin nur darauf an, festzustellen: wie weit die Demonstration gehen könne, ohne daß sie aufhöre, eine friedliche zu sein.

Wann aber hört eine Handlung auf, friedlich zu sein? Offenbar wenn sie entweder ungesetzlich ist oder von der factischen Regierungsgewalt für ungesetzlich erklärt und demgemäß verboten wird. Denn in diesem Falle ist das Unternehmen der Handlung ein Kampf gegen die factische Regierungsgewalt, welche sich natürlich veranlaßt finden muß, die von ihr verbotene Handlung mit Waffengewalt zu verhindern. — In jedem Falle ist eine Handlung gegen ein Verbot keine friedliche Handlung mehr. —

Hieraus ergab sich für meine Handlungsweise folgende Richtschnur: Ich hatte die Demonstration

zu veranstalten und durchzuführen, sobald die factische Regierungsgewalt dieselbe nicht zu verbieten oder mit den Waffen zu hindern Willens war. Ich hatte aber die Demonstration aufzugeben, resp. ihr meine Mitwirkung zu entziehen, sobald die factische Regierungsgewalt erklärte, sie verhindern zu wollen. —

Dieser ohne allen Zweifel vernunftgemäßen Richtschnur zufolge erklärte ich der nächsten Sitzung des Volks-Wahl-Comité: daß wir vor der Veranstaltung der Demonstration bei dem Polizei-Präsidium anzufragen hätten: ob die Demonstration ungehindert vor sich gehen könne, oder ob die Regierung beschloßen habe, sie zu verhindern. — Ich erbot mich, die Antwort auf diese Frage beim Polizei-Präsidium zu erwirken und dem Comité darüber in der Sitzung am Mittwoch Nachmittag um 4 Uhr Bericht zu erstatten.

Das Comité war damit einverstanden, und ich überbrachte ihm daher gegen 5 Uhr die Antwort des Polizei-Präsidenten, welche officiell gegeben war und dahin lautete: Das Staatsministerium habe den Volksaufzug nicht für gesetzlich zulässig gehalten und das Polizei-Präsidium aufgefordert, der Ausführung desselben im Interesse der Ruhe und Ordnung durch die ihm zu Gebote stehenden Mittel unter Mitwirkung der Bürgerwehr entgegen zu treten *).

In Folge dieser Erklärung stellte ich im Comité den Antrag: die Demonstration, welche nunmehr den Charakter der Friedlichkeit verliere, aufzugeben und dies durch Maueranschlag bekannt zu machen, zugleich aber auch gegen das Verbot eines constitutionellen und gesetzlichen Rechtes zu protestiren und das Ministerium dafür vor der Nationalversammlung zur Verantwortung zu ziehen. —

Dieser mein Antrag wurde vom Comité mit 15 gegen 9 Stimmen abgelehnt; und das Stattfinden der Demonstration beschloßen.

Unter solchen Umständen blieb mir natürlich nichts Anderes übrig, als meinen Austritt aus dem Comité zu erklären, und zwar aus folgenden Gründen:

Das Mandat, welches ich von der Volksversammlung erhalten, lautete nur auf eine friedliche Demonstration, und es mußte von dem Augenblicke an erlöschen, wo die Demonstration den Charakter der Friedlichkeit verlor. Dieser Augenblick war mit der Erklärung des Polizei-Präsidiums eingetreten, mein Mandat war zu Ende, und ich hatte also keine Vollmacht, folglich auch kein Recht mehr, an den weitem Schritten des Comité Theil zu nehmen. — Eine weitere, blos persönliche Theilnahme an einer von mir für unfriedlich erkannten Demonstration widerstrebte meinem politischen Principe, welches mir verbietet, um der Wahlfrage willen einen Bürgerkampf zu provociren. Die Majorität des Comité machte zwar geltend, daß sie auch jetzt noch eine nur friedliche Demonstration wolle und ihr Man-

*) Ich habe mir von diesem Bescheide vom Herrn Polizei-Präsidenten noch am Mittwoch Abend eine schriftliche Ausfertigung erbeten und erhalten.

dat sofort niederlegen werde, wenn der Zug auf bewaffneten Widerstand stoßen würde. — Hierin lag aber für mich erstens kein festes Princip, da es offenbar einen bereits begonnenen Kampf in der Mitte abbrechen hieß; — und zweitens eine Gewissenlosigkeit, die ich darin sah, daß man eine unbewaffnete Volksmenge einer bewaffneten erst gegenüber führen und sie dann ihrem Schicksale überlassen wollte, noch dazu in Zeitumständen, wo aus „Missverständnissen“ so leicht blutige Conflictte entstehen.

Trotzdem wurde ich wegen meines Rücktritts von einigen Individuen der Majorität gründlich verachtet, woraus ich mir natürlich gar nichts machte, einmal weil es Persönlichkeiten waren, an deren Achtung mir überhaupt nichts liegt, und zum andern, weil ich sagen konnte: Der ganze Unterschied zwischen meiner und Eurer Handlungsweise besteht nur darin: Ihr legt Euer Mandat erst morgen nieder, weil Ihr erst morgen die Bajonnete seht; ich lege es schon heute nieder, weil ich die Bajonnete schon heute sehe. — Auf wessen Seite ist nun die größere Ehre, auf wessen Seite ist nun der größere Anspruch auf die Achtung und das Vertrauen des Volkes? — Ihr führt es bis dicht an den Rand des Abgrundes, in den es alsdann durch einen Windstoß hineingeworfen werden kann; ich aber sehe den Abgrund schon 100 Schritte zuvor und halte das Volk also gleich davon zurück, so daß es nicht hineinfallen kann. Ich also bin der vorsichtiger, folglich auch der bessere Führer des Volkes! —

Und dies, hoffe ich, wird auch das Volk selbst erkennen! Es wird mich alsdann durch noch größeres Vertrauen, als es mir bisher schon schenkte, entschädigen für die Verachtung, der ich mich bei einigen jungen, unreifen politischen Fanatikern durch mein eben so vernünftiges wie vorzügliches Verfahren ausgesetzt habe.

Seld.

Deutsches Reich in spe.

— Berlin. Der Maueranschlag, welchen wir gestern mittheilten, hat zahlreiche Proteste und überhaupt eine bedeutende Gährung zwischen den einzelnen Volksklassen erzeugt. Wir finden das begreiflich, da er nicht nur durch die schonungslose Aufdeckung der faulen Flecken unsres neuen Zustandes Entsetzen, sondern durch die meist brutale Schreibweise Erbitterung hervorbringen mußte. Jedenfalls halten wir diesen Maueranschlag, — wenn er auch nicht von den unterzeichneten Arbeitern ausgegangen ist — für ein bedeutungsvolles Zeichen der Zeit; denn er läßt uns einen grausigen Blick thun in den Abgrund der socialen Revolution, vor welcher wir stehen. Ob der Ausbruch einer solchen Revolution, die keinen lokalen, sondern einen ganz europäischen Charakter trägt, noch zu verhindern ist, scheint uns als weltgeschichtliche Frage außer aller Debatte zu liegen. Was aber die locale Gährung betrifft, die sich hier in Berlin als bewegend: Kraft zeigt: so können wir

die Verantwortung dafür nur auf die Schultern des Ministeriums wälzen, welches vermittelnd steht zwischen dem alten und neuen Systeme, nicht den Muth habend, eines von beiden ganz zu ergreifen; und sodann auf die Schultern desjenigen Volkstheils, der sich zuerst vom Rausche des Zeitgeistes verleiten ließ, eine Revolution in's Leben zu rufen und später weder den Muth besaß, die Principien der Revolution consequent durchzuführen, noch den Geist, das wahre Wesen der Revolution zu begreifen. — Wenn Diejenigen, welche sich jetzt im Besitze der aus der Revolution hervorgegangenen factischen Gewalt befinden, die Revolution in der That gemacht haben, woran wir sehr zweifeln, so sagen wir ihnen in's Gesicht: ihre Handlung vom 18. und 19. März war ein Bubenstreich, für den sie eher — — — — —
— — — — — (Eigener Censurstrich!) — — — — —
— — — — — Sie können sich vor der großen Blamage, der die Berliner Revolution in den Augen Europa's ansgesetzt wird, nur dadurch salviren, daß sie den Muth haben zu erklären: Wir haben die Revolution nicht gemacht; sie hat uns im Schlaf überrascht, und da wir anfangs nicht die Courage hatten, sie zurückzudrängen, so versuchen wir es jetzt auf dem Wege der Reaction zu thun. —

— Berlin. Das Kriegsministerium hat dem Polizei-Präsidium eine Quantität Commisbrot zum Herstellungspreise überlassen, um es möglichst billig an die Bewohner Berlins zu verkaufen. — Eine seltsame Maßregel, da sie das Gesicht eines Gnadenactes annimmt! Hofft denn das Kriegsministerium, sich dadurch populär zu machen; oder will es vielleicht die Feindschaft zwischen Militär und Bürger durch die Vermittelung der gleichen Aesung beschwören? — Hoffentlich wird das Volk erkennen, daß dies gnädigst bewilligte Commisbrot doch nur von seinem eignen Gelde gebacken ist, und daß es die ganze Commisbrotgnade sich selbst gewähren kann, wenn es darauf dringt, daß Staatsbäckereien errichtet werden. —

— Berlin. Der Redacteur d. Bl. hat eine glänzende Genugthuung erhalten; denn die von der Majorität des Volks-Wahl-Comité trotz des Verbots beschlossene und angeordnete Demonstration ist in sich selbst zerfallen; sie hat sich, wie der Rhein, im Sande verloren. — Die damit verbundene Blamage fällt naturgemäß auf die Häupter des Volks-Wahl-Comité vom 20. April, welchem der Red. d. Bl. die Ehre hat, nicht anzugehören. — Und wenn's nur wenigstens mit der Blamage allein abgemacht wäre. So aber ist die Seifenblasen-Demonstration ein neuer Stern, welcher am Horizonte der Reaction aufgeht, und der Schaden, der daraus entstehen kann, noch unübersehbar. — Daher, Du vertrauendes Volk von Berlin, wähle künftig Deine Vertreter vorsichtiger! —

— München. Der Exkönig Ludwig ist nach der Schweiz abgereist, um seine Tage in den Armen der Gräfin Landsfeld zu beschließen. — Wir hoffen, daß die Presse nunmehr aufhören wird, die unnöthigerweise so viel besprochene Lola Montez in die Tagesgeschichte zu ziehen. Was sie und ihr ex-

königlicher Geliebter ferner miteinander zu verhandeln haben, sind jedenfalls Privatangelegenheiten, um die sich eine honnete Presse nicht zu kümmern hat.

Verkehrslieben.

— Berlin. Auch in die ehrbare Kunst der Formen- und Wappenstecher ist der neue Zeitgeist gefahren, gewiß zur höchsten Freude aller Derjenigen, welche ein Patschaft haben müssen, und doch die alte und veraltete Wappenwirthschaft der seligen Aristokratie nicht mehr brauchen können und dürfen. Auch die Briefsiegel müssen ein demokratisches Gesicht haben, müssen eine schwarz-roth-goldene Miene ziehen, wenn sie respectirt werden wollen. Und da hat denn hier in Berlin ein junger Graveur, Namens König (welcher Namen an seiner Gesinnung nichts ändert), die Idee zu demokratischen Patschaften gefaßt und sehr niedlich ausgeführt, wie ein uns eingereichtes und verehrtes Exemplar beweist. — Wenn wir demzufolge die Idee des jungen Mannes und ihn selbst bestens empfehlen, so geschieht dies — wie wir ausdrücklich bemerken — nicht, weil wir durch das uns verehrte, sehr schön gestochene Patschaft bestochen sind, sondern weil wir nicht nur die Idee, sondern auch die Ausführung in der That vorzüglich finden.

(Mittheilungen)

— Der Redacteur d. Bl. erhielt vorgestern durch persönliches Ueberbringen des Briefstellers folgendes Schreiben, um dessen Abdruck er erucht wurde:

„Geehrter Herr Held! Ein mich betreffender Artikel in Nr. 10 Ihrer „Locomotive“ zwingt mich zu folgender Erklärung, welche sowohl im Interesse Ihres stets nur der Wahrheit huldigenden und das wahre Interesse des Volks vertretenden Blattes, als auch in demjenigen meiner Ehrenhaftigkeit ihre hinlängliche Begründung findet. Ich erkläre Ihnen nämlich hiermit auf mein Ehrenwort, 1) daß ich bis dato für meinen nur aus der innigsten, wärmsten Ueberzeugung und Liebe für die Sache der Volks-Freiheit in der Nacht vom 18. — 19. März geleisteten Beistand keinen Pfennig (geschweige denn 200 Thaler) von einer sterblichen Seele erhalten habe; überdies habe ich auch für meinen Sold wahrhaftig nicht gearbeitet; 2) daß ich allerdings einen unentgeltlichen Bürgerbrief der Stadt Berlin erhalten werde, was ich schon als eine zu sehr anerkennenswerthe Gabe für meine geringen Dienstleistungen betrachten muß, aber daß mir nur ein vorläufiges Versprechen auf einen Meisterbrief erteilt worden ist. Von einer Zusicherung, daß alle in mein Handwerk einschlagende städtische Arbeiten mir überwiesen werden sollen, ist nie die Rede gewesen. Dies zur Steuer der Wahrheit. Und ich ersuche Sie recht dringend, diese Zeilen in Ihr Blatt so schnell als möglich aufzunehmen, im Verweigerungsfalle sehe ich mich genöthigt, dieses auf anderem Wege zu bewerkstelligen.“

Gustav Vesse, Drechslergeselle,
wie Herr Held zu bemerken so gütig,
der Blücher der Barrikaden.“

Wir können bei dieser Gelegenheit unsere Hände in Unschuld waschen; denn wir haben die betreffenden Nachrichten über den Blücher der Barrikaden, der etwas empfindlicherer Natur zu sein scheint, als sein Pathe von 1813, — einigen größeren Zeitungen entnommen. —

(Gingefandt.)

Bitte um Belehrung!

— Ist es recht, daß Königl. Beamte, welche durch ihre Stellung im Staatsdienste ein wesentliches Gehalt erzielen, sich auch noch bei Eisenbahnen engagiren lassen, und auf diese Weise anerkannt tüchtigen Technikern und resp. geschäftsgewandten Leuten das Brot vor dem Munde wegschnappen?? — Diese Herren müssen doch bei ihrem großen Gehalte viel Zeit übrig haben, um sich diesen Privat-Instituten widmen zu können. —

(Freigericht.)

— Bei dem gestrigen Ausrücken der Bürgerwehr haben wir zu unserm größten Befremden sehen müssen, daß der Bürgerwehr-Commandant, General-Major von Aschoff, in die Militär-Uniform alten Styls gekleidet, nicht das geringste Abzeichen trug, welches ihn als erwählten Befehlshaber einer Bürgergarde charakterisiren konnte. — Prinz Johann, Commandant der sächsischen Communalgarden, erscheint zwar auch in Militär-Uniform, hat aber wenigstens so viel Takt, das Dienstzeichen der Communalgarde, eine weiße Armbinde, zu tragen. — Sollte es Herrn v. Aschoff wirklich an dem Takte gefehlt haben, wenigstens eine schwarz-roth-goldene Armbinde anzulegen, wie sie selbst der König bei seinem Umzuge am 21. März trug; — oder hielt es Herr von Aschoff nicht der Mühe werth, der Gesinnung des Volkes ein Compliment zu machen? — Wir haben schon früher darauf hingewiesen, wie unpassend die Wahl des Generals v. Aschoff zum Bürgerwehr-Commandanten war; wir haben unsere Ansicht darüber heut bestätigt gefunden, und wollen also nicht fürchten, daß sich die provisorische Wahl des Herrn v. Aschoff in eine definitive verwandele.

— Die Collaboratoren des alten Systems: Oberpräsident v. Meding, Regierungsassessor Piver und Geheimer Hofrath Dr. John — sind ihrer Functionen noch immer nicht enthoben. —

NB. Der Geheime Regierungsrath Sulzer ist auf sein Ansuchen, der Polizeidirector Duncker durch die Remessis seiner Functionen enthoben worden, die Remessis, welche den Mann der wahnsinnigen Demagogieverfolgung wahnsinnig werden ließ. — Unsere Proscriptionsliste wird zwar immer schwächer; allein wie wir bemerken, sorgt das neue Ministerium dafür, sie wieder zu stärken.

— Der Collaborator des alten Systems, Ministerial-Director v. Puttkammer, ist wieder in Function getreten.

— Von den eifrigsten Mitarbeitern des alten Systems befinden sich Herr Arnim und General Reyher noch immer im neuem Ministerium.

— Die Pressefreiheit Preussens ist noch keine Wahrheit, denn der §. 151. Th. II. Tit. 20. A. L. R. ist noch immer nicht aufgehoben.

Die nächste Nummer erscheint am Dienstag den 25. April.

Abonnements-Bestellungen für Berlin bitten wir der Verlagshandlung unfrankirt zuzusenden.